



Geschäftsführung Rat

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 22.03.2019

Niederschrift

über die **47. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem **14.02.2019**, 15:35 Uhr bis 23:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister

Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Prof. Dr.; Klein, Agnes, Beigeordnete Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach,

Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Schultes, Monika; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister

Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Insbesondere begrüßt sie Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert und die neue Gleichstellungsbeauftragte Frau Mötting zu ihrer ersten Ratssitzung. Außerdem begrüßt sie Herrn Geraedts als neues Ratsmitglied und Nachfolger von RM Baentsch.

- I. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtet Herrn Geraedts im Sinne des § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

- II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn van Geffen, Herrn Klausung und Frau Pakulat vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- III. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktion Die Linke. zum Thema „Stellenbesetzung beim Verein „Metropolregion Rheinland“ – Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!“, AN/0129/2019 vor. Dieser wird unter TOP 1.1. behandelt.
Zu diesem Thema liegen unter TOP 3.1.6 auch ein Antrag der AfD-Fraktion und unter TOP 3.1.7 ein Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vor.
Auf Nachfrage von Oberbürgermeisterin Reker erhält die Fraktion Die Linke. ihren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde aufrecht.

Der Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Reker TOP 3.1.6 und 3.1.7 zusammen mit der Aktuellen Stunde zu behandeln, wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?"
AN/0198/2019
- 4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?"
AN/0210/2019
- 7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018
0289/2019
- 10.32 KölnKlimaAktiv 2022
3680/2018
- 17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0261/2019
- 17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandsversammlung
0449/2019
- 17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"
AN/0193/2019
- 17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder
AN/0196/2019

- 17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss – sachkundige Einwohnerin"
AN/0213/2019
- 17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Verkehrsausschusses"
AN/0221/2019
- 17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)"
AN/0222/2019
- 17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG"
AN/0223/2019

Absetzungen:

- 3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben
Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 -
AN/1429/2018
0065/2019
- 6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
2630/2018
- 10.3 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln
3887/2018

- V. RM Joisten bittet, die Beantwortung der Anfrage zu TOP 4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?", AN/0210/2019 auch dem Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

TOP 3.1.3 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide", Session-Nr. AN/0163/2019 und der dazugehörig Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT, Session-Nr. AN/0220/2019 werden auf Antrag von RM Breite in den Finanzausschuss als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

RM Kienitz beantragt, den Tagesordnungspunkt 10.31 „Wahl einer / eines Bei-

geordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport“, 0284/2019 als Tagesordnungspunkt 10.0 zu behandeln.

TOP 12.1 „Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06, Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen, Session Nr. 2786/2018, wird auf Antrag von RM Kienitz erneut zur Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

VI. Es liegen folgende Dringlichkeitsanträge vor, über deren Dringlichkeit nach einer sechzehnminütigen Pause abgestimmt wird (Unterbrechung von 15:48 – 16:04 Uhr).

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG"

RM Joisten spricht sich gegen die Dringlichkeit aus, RM Kienitz spricht sich formal dafür aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie der Gruppen Rot-Weiß und BUNT **zugestimmt.**

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"

AN/0227/2019

RM Joisten spricht sich gegen die Dringlichkeit aus, RM Kienitz spricht sich formal dafür aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie der Gruppen Rot-Weiß und BUNT **zugestimmt.**

Debatte und Beschlussfassung finden im nichtöffentlichen Teil unter TOP 21.1 und 21.2 statt. Der Antrag unter TOP 3.1.9 wird im nichtöffentlichen Teil eingestellt.

VII. Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Korrektur der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 08.11.2018 zu TOP 5.1 „Zuschuss zum „Tag des guten Lebens“, Session-Nr. 2572/2018:

Der Beschluss des Finanzausschusses vom 24.09.2018 wurde in der Niederschrift nicht korrekt wiedergegeben. Daher wird die Niederschrift im dritten Absatz des Beschlusstextes auf Seite 8 wie folgt korrigiert:

„...(60.000 € p.a.)...“ wird ersetzt durch „...(80.000 € p.a. für 2019 und 60.000 € p.a. für 2022 – 2023)...“.

In der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 08.11.2018 wird auf Seite 8 mit einer Fußnote auf diese Korrektur hingewiesen.

Korrektur der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 18.12.2018 zu TOP 10.34 „Beschluss des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“, Session-Nr. 2788/2018:

Der bereitzustellende Betrag von 97,2 Mio. € ist in der Niederschrift im Beschluss in Ziffer 2, Satz 2, 2. Halbsatz ohne das Wort „Mio.“ wiedergegeben. Der Betrag erschließt sich jedoch aus den in den nächsten beiden Absätzen von Ziffer 2 des Beschlusstextes genannten Beträgen.

In der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 18.12.2018 wird auf Seite 54 mit einer Fußnote auf diese Korrektur hingewiesen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stellenbesetzung beim Verein „Metropolregion Rheinland“ – Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!"
AN/0129/2019

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Richard Hamilton
0118/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betreffend "Köln nimmt Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer auf"
AN/0179/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0224/2019

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln darf nicht länger Verfassungsfeinde und Kriminelle beherbergen. „Autonomes Zentrum“ vor die Tür setzen!"
AN/0175/2019

3.1.3 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide"
AN/0163/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/0220/2019

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Gesamtnetzbetrachtung"
AN/0171/2019

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Familienfreundliches Köln – Kita von 3 – 6 Jahren endlich beitragsfrei"
AN/0076/2019

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden"
AN/0174/2019

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!"
AN/0178/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT
AN/0231/2019

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Unvermeidbare Flüge kompensieren"
AN/0170/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0228/2019

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG" (s. TOP 21.1 n.ö.T.)

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"
AN/0227/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben
Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018
0065/2019
zurückgestellt

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Kosten der Silvesternacht 2018/2019"
AN/0058/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019
0367/2019

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Familienfreundlichen Köln – Kita-Ausbau in Köln stärken"
AN/0159/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019
0521/2019

4.3 Anfragen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Kommunales Wohnungsbauförderprogramm"
AN/0161/2019

- 4.4 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Winterflüchtlinge vom Balkan in Köln"
Grundlagen, Kontrolle und Kosten
AN/0164/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019
0464/2019

- 4.5 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktive Bürgerbeteiligung bleibt Stiefkind - Programm 2019 ohne klares Vorum für aktive Bürgerbeteiligung"
AN/0167/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.02.2019
0443/2019

- 4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?"
AN/0198/2019

- 4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?"
AN/0210/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019
0519/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
2630/2018
zurückgestellt

6.1.2 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern
3924/2018

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung
hier: Möglichkeit der Entsendung einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung durch die Seniorenvertretung
3757/2018

6.1.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Änderung Abwassersatzung
3947/2018

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

- 7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018
0289/2019
- 7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO
- 7.2.1 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Unterbringung von Geflüchteten - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2018 der Stadt Köln
3072/2018
- 7.2.2 Neubau des Feuerwehrzentrums Kalk
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019.
4195/2018
- 7.2.3 Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale Köln Weidenpesch
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019.
3726/2018
- 7.2.4 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 Köln-Chorweiler
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019.
3366/2018

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
3179/2018
- Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/0226/2019
- 10.2 Wirtschaftsplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3639/2018
- 10.3 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln
3887/2018
zurückgestellt
- 10.4 GAG Darlehen Butzweilerhof
3996/2018
- 10.5 Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018
3648/2018
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0225/2019
- 10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Frau Prof. Dr. Dörte Diemert zur Ersten Betriebsleiterin
3788/2018
- 10.7 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln – Soll/Ist-Vergleich
3695/2018
- 10.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
Baubeschluss
3333/2018
- 10.9 Befristete Fortsetzung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ für
Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU
3710/2018

- 10.10 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2019
4173/2018
- 10.11 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr
2019
0019/2019
- 10.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 1. Teil
0103/2019
- 10.13 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes
für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“
0020/2019
- 10.14 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim
0098/2019
- 10.15 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der
Kölner Philharmonie ab 2019/20
0079/2019
- 10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) - Baubeschluss für Baufeld C -
Abendgymnasium
2589/2018
- 10.17 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 hinsichtlich der
Federführung für die Maßnahme Kapazitätserweiterung durch Verlängerung
der Bahnsteige an Haltestellen der Linien 4 und 13 sowie Beschluss über die
Umsetzung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB
2723/2018
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0218/2019

- 10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf)
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten
2423/2018
- 10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf)
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten
2423/2018
- 10.19 Projekt OptiWohn: Quartierspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln
2783/2018
- 10.20 Rheinische Musikschule Köln, Mittelfreigabe und Konzept
3536/2018
- 10.21 Zügigkeitserhöhung des Bildungsgangs Fachoberschule FOS 12 Typ B / Technik
am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18)
0132/2019
- 10.22 Aufbau eines Kriminalpräventiven Rates Köln
0252/2019
- 10.23 Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln
4269/2018
- 10.24 Erstellung eines Neubaus für die Heliosschulen - Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle als inklusive Universitätsschule der Stadt Köln an der Vogelsanger Str. (ehemaliges Helios-Gelände) in Köln-Ehrenfeld
Baubeschluss
3635/2018

- 10.25 Trinkbrunnen für Köln
3100/2018
- 10.26 Planungsaufnahme zur Generalinstandsetzung und Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich
3676/2018
- 10.27 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrück"
3789/2018
- 10.28 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"
4249/2018
- 10.29 Generalsanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler
Maßnahme im Rahmen des Kommunalinvestitionsfördergesetzes NRW
0067/2019
- 10.30 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln
3701/2018
- 10.31 Wahl einer / eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport
0284/2019
- Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Dem Elternwillen entsprechen – Beigeordnetenwahl zügig durchführen!"
AN/0229/2019
- 10.32 KölnKlimaAktiv 2022
3680/2018
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0219/2019

- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes**

- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**
 - 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06
Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
2786/2018
zurückgestellt

- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini-
enplänen**

- 14 Erlass von Veränderungssperren**
 - 14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbe-
reich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
3669/2018

- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten**

- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**
 - 16.1 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom
29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2816/2018

 - 16.2 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2819/2018

- 17 Wahlen**

- 17.1 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
0058/2019
- 17.2 Berufung eines Vertreters sowie einer Stellvertreterin der Stadtschulpflegschaft als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
3852/2018
- 17.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz Mitte - Revitalisierung des Porzer Zentrums
hier: Änderung der Zusammensetzung des Beirates Porz Mitte
4271/2018
- 17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"
AN/0144/2019
- 17.5 KölnBäder GmbH - Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3953/2018
- 17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0261/2019
- 17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandsversammlung
0449/2019
- 17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"
AN/0193/2019
- 17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder
AN/0196/2019

- 17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss – sachkundige Einwohnerin"
AN/0213/2019
- 17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Verkehrsausschusses"
AN/0221/2019
- 17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)"
AN/0222/2019
- 17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG"
AN/0223/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 18.1 Einführung von Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe externer Moderationsleistungen im Rahmen des Leitlinienprozesses
4206/2018

19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 21.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG"
AN/0230/2019

21.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

23 Grundstücksangelegenheiten

23.1 Grundstücksverkauf Heinrich-Rohmann-Straße in Köln-Ossendorf
3865/2018

23.2 Grundstücksverkauf Siegburger Straße in Köln-Poll
4025/2018

23.3 Grundstücksverkauf Damiansweg in Köln-Volkhoven/Weiler
4094/2018

23.4 Verkauf Dillenburger Straße / Christian-Sünner-Straße / Heinrich-Bützler-Straße in Köln-Kalk
0134/2019

24 Allgemeine Vorlagen

24.1 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens für die Glasreinigung in städtisch genutzten Gebäuden
3764/2018

24.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zuführung in die Kapitalrücklage
0114/2019

24.3 RheinEnergie AG
0099/2019

24.4 Übertragung des Jakordenhauses, Jakordenstraße 18-20 in 50668 Köln vom Sondervermögen der Zusatzversorgungskasse in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
4081/2018

24.5 Trinkbrunnen für Köln (nur Anlage 2)

25 Wahlen

25.1 Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
0205/2019

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stellenbesetzung beim Verein „Metropolregion Rheinland“ – Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!" AN/0129/2019

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs. 10 a) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen als erledigt angesehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie der Gruppen BUNT und Rot-Weiß **zugestimmt.**

Anmerkung:

RM Jahn verlässt nach der Debatte den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Richard Hamilton 0118/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Richard Hamilton mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt.**

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betreffend "Köln nimmt Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer auf" AN/0179/2019

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0224/2019**

I. Änderungsantrag der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln (Freie Wähler Köln)

Mündliche Korrektur der Nummerierung der Spiegelstrichbezeichnung („Spiegelstrich 4“ wird zu „Spiegelstrich 5“ und „Spiegelstrich 5“ wird zu „Spiegelstrich 6“) durch RM Hoyer

Beschluss:

Spiegelstrich 3 wird wie folgt ersetzt:

Aus Seenot gerettete Flüchtlinge sollen vorrangig Kommunen zugewiesen werden, die sich dazu bereit erklärt haben. Die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge soll der Zuweisungsquote für die jeweilige Kommune angerechnet werden.

Spiegelstrich 5 wird wie folgt ersetzt:

Er die Bundesregierung auffordert, zügig eine politische Lösung bzgl. Der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene, herbeizuführen. Langfristiges Ziel muss eine europäische Asylpolitik auf Grundlage der Meseberger Erklärung (Beschluss der deutschen und der französischen Regierung vom 19. Juni 2018) sein.

Spiegelstrich 6 wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt.**

II. Antrag der der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT

Erster Spiegelstrich

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass

- er die Unterstützung für die Initiative von Oberbürgermeisterin Reker zusammen mit den Oberbürgermeistern der Städte Düsseldorf und Bonn vom Sommer 2018 bekräftigt, mit der angeboten wurde, in Not geratene Flüchtlinge aufzunehmen,

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

Zweiter Spiegelstrich

Beschluss:

- dass soweit möglich und nötig, Personengruppen aus Seenot Geretteter aufgenommen werden,

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

Dritter Spiegelstrich

Beschluss:

- NRW-Minister Dr. Stamp gebeten wird, sich bei der Bundesregierung für die Aufnahme von aus Seenot geretteter Flüchtlinge (z.B. von Sea-Watch 3) einzusetzen. Dies im Besonderen in den Kommunen, die sich dazu bereit erklärt haben,

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Vierter Spiegelstrich

Beschluss:

- er an die Bundesregierung appelliert, sich weiterhin für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit,

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

Fünfter Spiegelstrich

Beschluss:

- er die Bundesregierung auffordert, zügig eine politische Lösung bzgl. der Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene, z.B. durch eine Neuauflage des Relocation-Programms mit deutlich verringerten Aufnahmehürden, herbeizuführen,

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Sechster Spiegelstrich

Beschluss:

- er das NRW-Flüchtlingsministerium und das Bundesinnenministerium bittet, die Möglichkeiten der Aufenthaltsgewährung nach § 23 Abs. 1 bzw. Abs. 2 AufenthG für den Personenkreis der Seenotgeretteten zu nutzen und auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Abstimmungsergebnis über den gesamten Antrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Anmerkungen:

Punktweise Abstimmung des Ursprungsantrages auf Antrag der FDP-Fraktion (RM Hoyer)

**3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln darf nicht länger Verfassungsfeinde und Kriminelle beherbergen. „Autonomes Zentrum“ vor die Tür setzen!"
AN/0175/2019**

Zu Ziffer 1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu seinem Beschluss vom 18. Dezember 2018 auf Grundlage des Antrags AN/1865/2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. Gebäude und Liegenschaften der Stadt Köln dürfen verfassungsfeindlichen Organisationen nicht überlassen werden, soweit dem vertragliche oder rechtliche Verpflichtungen der Stadt nicht entgegenstehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Zu Ziffer 3

Beschluss:

3. Gebäude und Liegenschaften der Stadt Köln dürfen kriminellen Organisationen und Organisationen, die zu Straftaten aufrufen nicht überlassen werden, soweit dem vertragliche oder rechtliche Verpflichtungen der Stadt nicht entgegenstehen. Das gilt auch für Organisationen, die Straftaten dulden oder billigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Zu Ziffer 4

Beschluss:

4. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zum Rechtsstaatsprinzip und spricht sich uneingeschränkt gegen das Mittel der Gewalt zur Erreichung politischer Ziele aus.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Zu Ziffer 5:

Beschluss:

5. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat die Verwaltung auf, die Überlassung des ehemaligen Betriebshofes des Kanalbauamtes in der Luxemburger Str. 93 an die „Interessengemeinschaft Autonomes Zentrum Köln“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen und dieser auch keine neue Liegenschaft mehr zu überlassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis über den gesamten Antrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Anmerkung:

Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Tritschler.

**3.1.3 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide"
AN/0163/2019****Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/0220/2019****Ursprungsantrag:**

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin, sich bei der Landesregierung von NRW für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW), nach dem Vorbild der anderer Bundesländer einzusetzen.
2. Köln verzichtet bis zur endgültigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch den Landtag, auf eine Einziehung aktueller Gebührenbescheide sowie auf die weitere Bearbeitung geplanter Bescheide. Die entsprechende "Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW" ist deshalb auszusetzen.
3. Die im laufenden Haushalt dafür eingestellten Gebühreneinnahmen werden neutralisiert und bei der Aufstellung der Planungen für die Jahre 2020 und später berücksichtigt.

Änderungsantrag:

Punkt 1 wird wie folgt ergänzt (Fettdruck):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin, sich bei der Landesregierung von NRW für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW) nach dem Vorbild anderer Bundesländer einzusetzen. **Damit die Finanzierung von Erneuerung und Ausbau kommunaler Straßen auch künftig gesichert bleibt und nicht zulasten der Kommunen geht, sollen die bisher durch Straßenausbaubeiträge abgedeckten Kosten zukünftig vom Land übernommen werden.**

Die Beschlusspunkte 2 und 3 werden gestrichen.

Verweisungsantrag**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig der **Verweisung in den Finanzausschuss zugestimmt.**

Anmerkung:

Verweisung auf Antrag von RM Breite vor Eintritt in die Tagesordnung (s. Ziffer V, Seite 4).

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Gesamtnetzbetrachtung" AN/0171/2019

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die bisher vorliegenden Konzepte und Pläne, z.B. den Nahverkehrsplan, die Anmeldungen zum ÖPNV-Bedarfsplan, die ÖPNV-Roadmap, die vom NVR entwickelten Maßnahmen zum Knoten Köln und die Arbeiten zum Agglomerationskonzept aufeinander abzustimmen.
2. Das Ergebnis wird dann in einem vorher festzulegenden Verfahren im Rahmen einer dezernatsübergreifenden Projektgruppe weiterentwickelt – unter angemessener Beteiligung der Öffentlichkeit - und soll die Basis für eine nachhaltige Verkehrsentwicklungsplanung in Köln sein.
3. Die Verwaltung soll bis zum Sommer bzw. bis zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020 darstellen, wie hoch der dafür benötigte Personal- und Finanzbedarf ist und mit welchen Strukturen diese Aufgabe am besten umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Familienfreundliches Köln – Kita von 3 – 6 Jahren endlich beitragsfrei" AN/0076/2019

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Familien von den Gebühren für den Besuch ihrer Kinder in einer Kita ab dem 3. Lebensjahr bis zur Einschulung komplett zu befreien.
2. Die Elternbeitragssatzung ist entsprechend anzupassen. Es ist ebenfalls zu prüfen, welche Spielräume dadurch entstehen, um auch die Eltern von Kindern unter 3 Jahren weiter finanziell zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **der Verweisung in den Fachausschuss (Jugendhilfeausschuss) zugestimmt**.

Anmerkung:

Verweisung auf Antrag von RM Kessing nach der Debatte über den Antrag.

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden" AN/0174/2019

zu Ziffer 1

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln missbilligt die Ernennung von Kirsten Jahn zur Geschäftsführerin der Metropolregion Rheinland e.V.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt.**

zu Ziffer 2

Beschluss:

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, in sämtlichen Vereinen und Verbänden, in denen die Stadt Köln Mitglied ist, sowie in sämtlichen Unternehmen, an denen sie mittelbar oder unmittelbar Anteile hält, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei der Vergabe vergüteter Personalstellen ein faires und transparentes, für die Öffentlichkeit nachvollziehbares Verfahren der Vergabe zur Anwendung zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt.**

zu Ziffer 3

Beschluss:

3. Sämtliche Personalstellen bei der Stadt Köln, sowie bei Vereinen und Verbänden, bei denen sie Mitglied ist oder bei Unternehmen, an denen sie mittelbar oder unmittelbar Anteile hält, dürfen ausschließlich nach dem Prinzip der Bestenauslese vergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt.**

Zu Ziffer 4

Beschluss:

4. Die Verwaltung wird aufgefordert eine Liste aller städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und sonstiger Organisationen mit städtischer Beteiligung bzw. Einflussnahme und deren Führungspersonal (Geschäftsführer, Vorstände, Vorsitzende) mit jeweiligem Lebensalter und Restlaufzeit des Anstellungsvertrages

dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis über den Gesamtantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Anmerkung:

Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Boyens (AfD-Fraktion).

Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes mit TOP 1.1 und 3.1.7 (s. auch Ziffer III – Seite 2).

RM Jahn verlässt nach der Debatte den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!"
AN/0178/2019**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT
AN/0231/2019**

I. Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird deshalb wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln kritisiert das Fehlen einer öffentlichen Ausschreibung für die Geschäftsführungsstelle seitens der Verfahrensverantwortlichen bei der Metropolregion Rheinland e.V. Dies entspricht nicht den Leitlinien, zu denen sich Rat und Verwaltung im „Public Corporate Governance Kodex“ (PCGK) der Stadt Köln verpflichtet haben.
2. Der Rat bekräftigt den Beschluss des Finanzausschusses vom 02.07.2018, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, „die einschlägigen Vorschriften des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln (PCGK) und deren Anwendung in der Praxis kritisch zu prüfen und zu bewerten.“ In Erweiterung des o.a. Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie Zielsetzungen und Regeln des PCGK, die zur Steuerung, Transparenz und Kontrolle städtischer Beteiligungsgesellschaften dienen, sinngemäß auf alle Vereinigungen mit Beteiligung der Stadt Köln angewendet werden kann. Die Ergebnisse sind dem Finanzausschuss und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung

sung vorzulegen.

3. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in überregionalen Beteiligungen und Vereinen sollen darauf hinwirken, dass bei Neugründungen von Vereinigungen mit städtischer Beteiligung die Regelungen des PCGK in die Satzung mit aufgenommen werden. Die vom Rat der Stadt Köln entsandten Vertreterinnen und Vertreter in den entsprechenden Gremien, werden aufgefordert, sich entsprechend den Leitgedanken des PCGK zu verhalten.
4. Der Rat der Stadt Köln fordert die von der Stadt in die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland e.V. entsandten Vertreterinnen und Vertreter auf, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der satzungsgemäß anstehenden Evaluierung der Strukturen des Vereins auch die Implementierung der Leitgedanken des PCGK betrachtet wird.
5. Der Ältestenrat wird beauftragt, zu überprüfen, wie die Regelungen des PCGK der Stadt Köln in den Ehrenkodex übernommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT sowie Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

II. Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Bunt:

Der Antrag hat sich durch Beschlussfassung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT **erledigt**.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes mit TOP 1.1 und 3.1.6 (s. auch Ziffer III – Seite 2).

RM Jahn verlässt nach der Debatte den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Unvermeidbare Flüge kompensieren"

AN/0170/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0228/2019

I. Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Punkt 2 wird wie folgt geändert:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass künftig bei allen Flügen, die Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung für die Stadt unternehmen müssen, ein finanzieller Betrag für Klimaschutzprojekte der Stadt Köln gezahlt werden muss. Die Höhe des jeweiligen Betrages pro Flugreise richtet sich nach den Berechnungskriterien von At-

mosfair. Die Verwaltung wird gebeten, umgehend die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Antrag der Gruppe GUT

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung ihre „Informationen zur Durchführung von Dienstgängen/Dienstreisen/Fortbildungen“ unter Klimaschutzaspekten zu überarbeiten. Ziel sollen Leitlinien sein, die im Einklang mit den Klimaschutzziele der Stadt Köln, sowie des Landesreiskostengesetzes (NRW) stehen. Dabei ist die Vermeidung von Flugreisen als ein wesentlicher Aspekt darzustellen, Grundlage der Neufassung sollen die „Leitlinien für umweltverträgliche Dienstreisen im Umweltbundesamtes“ sein (siehe Anlage).
2. Der Rat der Stadt beschließt, dass zukünftig bei allen Flügen, die Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung für die Stadt Köln unternehmen müssen, ein Beitrag an Atmosfair oder eine andere Initiative gezahlt wird. Damit werden Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern finanziert. Die Höhe des jeweiligen Betrages pro Flugreise richtet sich nach den jeweiligen Berechnungskriterien der Initiativen und ermöglicht die Einsparung der durch den Flug verursachten CO₂-Emissionen an anderer Stelle. Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG"

Der Antrag wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 21.1 behandelt.

**3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"
AN/0227/2019**

Der Antrag wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 21.2 behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben
Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 -
AN/1429/2018
0065/2019**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Kosten der Silvesternacht 2018/2019"
AN/0058/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019
0367/2019**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Familienfreundlichen Köln – Kita-Ausbau in Köln stärken"
AN/0159/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019
0521/2019**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

BM Dr. Heinen bittet, die Beantwortung auch den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen.

**4.3 Anfragen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Kommunales Wohnungsbauförderprogramm"
AN/0161/2019**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 4.4 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Winterflüchtlinge vom Balkan in Köln"
Grundlagen, Kontrolle und Kosten
AN/0164/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019
0464/2019**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

- 4.5 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktive Bürgerbeteiligung bleibt Stiefkind - Programm 2019 ohne klares Vorum für aktive Bürgerbeteiligung"
AN/0167/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 07.02.2019
0443/2019**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

- 4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?"
AN/0198/2019**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

- 4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?"
AN/0210/2019**

**Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019
0519/2019**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

RM Joisten bittet, die Antwort auch dem Wirtschaftsausschuss zur Verfügung zu stellen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung 2630/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

6.1.2 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern 3924/2018

Beschluss:

1. Der Rat begrüßt das Engagement der ehrenamtlichen Mitglieder insbesondere in den Stadtarbeitsgemeinschaften und beschließt die als Anlage 2 beigefügte 18. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln.
2. Die Geschäftsordnungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und der Gremien der Seniorenpolitik sind an die Regelungen der Hauptsatzung anzupassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Soziales und Senioren eine mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender abgestimmte Richtlinie zur Verwendung des jährlichen Budgets in Höhe jeweils von 10.000 € zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Ein zahlungswirksamer Mehraufwand in 2019 in Höhe von 26.672,00 € ergibt sich für den Teilplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Deckung erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilplan 0504.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung hier: Möglichkeit der Entsendung einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung durch die Seniorenvertretung 3757/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 19. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6.1.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Änderung Abwassersatzung 3947/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Abwassersatzung in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung der 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung - zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -

**verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO
NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018
0289/2019**

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemH-
VO**

**7.2.1 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Alt-
stadt/Süd, zur Unterbringung von Geflüchteten - Haushaltsrechtliche Un-
terrichtung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushalts-
satzung 2018 der Stadt Köln
3072/2018**

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.2 Neubau des Feuerwehrzentrums Kalk
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO
i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haus-
haltsjahr 2019.
4195/2018**

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.3 Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale Köln
Weidenpesch
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO
i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushalts-
jahr 2019.
3726/2018**

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.4 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 Köln-Chorweiler
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO
i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushalts-
jahr 2019.
3366/2018**

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018 3179/2018

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT AN/0226/2019

I. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

Beschluss:

Änderung zur durch den Ratsbeschluss vom 22.11.2018 der geänderten Vorlage:

Der Rat beschließt – wie ursprünglich von der Verwaltung vorgeschlagen, von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossen und von sämtlichen Schulen im Stadtbezirk Rodenkirchen unterstützt – die Planungsaufnahme zur Errichtung eines Schulgebäudes für eine 6/5-zügige **Gesamtschule**, einer Hausmeisterdienstwohnung, einer 1-fach und einer 3-fach Turnhalle im Neubaugebiet Rondorf Nord-West.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Ursprungsvorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2018“ als Rahmenplanung, mit der ein aktualisierter Gesamtüberblick über gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen (stark steigende Schülerzahlen, Schulstruk-

- tur im Wandel, G9, Inklusion) sowie Lösungsansätze zur bedarfsgerechten Gestaltung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen gegeben wird;
- (2) beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis und im weiteren Dialog mit Schulen und Bezirksvertretungen entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen vorzubereiten und als Beschlussvorlagen bei gesicherter Finanzierung in die politischen Gremien einzubringen. Dabei ist der Auftrag zur Priorisierung von Schulbaumaßnahmen zu beachten, der mit einer gesonderten Vorlage erfüllt werden wird;
 - (3) beauftragt die Verwaltung insbesondere, die notwendigen Flächen für die erforderlichen neuen Schulen aufgrund stark steigender Kinder- und Schülerzahlen durch ein Flächenbereitstellungskonzept Schulen zu sichern und planungsrechtlich entwickeln und dieses Konzept zu einer weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
 - (4) beauftragt die Verwaltung, zeitnah nach Vorliegen einer neuen städtischen, kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung die vorliegende Fortschreibung der Kölner Schulentwicklungsplanung zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenhaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

**10.2 Wirtschaftsplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3639/2018**

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2019 erforderlich ist, wird auf 269,1 Mio. Euro festgesetzt. Die Betriebsleitung wird ferner in Höhe von 50,9 Mio. Euro zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen ermächtigt, die in künftigen Jahren zu Ausgaben führen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2019 auf **75,0 Mio. Euro** festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.3 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln
3887/2018**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

10.4 GAG Darlehen Butzweilerhof 3996/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln ein Darlehen, das der Finanzierung des Projektes „Butzweilerhof“ der GAG Immobilien AG dient, bis zu einer Gesamthöhe von 16.515.829 € gewährt. Für das Darlehen wird ein marktübliches Entgelt gezahlt. Die Verwaltung kann ergänzende Erklärungen abgeben, die zur rechtssicheren Darlehensgewährung erforderlich sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.5 Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018 3648/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0225/2019

I. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

1. Der bisherige Beschlusspunkt wird zu Beschlusspunkt 1.
2. Darunter wird ein neuer Beschlusspunkt 2 eingeführt.
In die Kategorie A wird die Maßnahme 124 erweitert: (Ergänzungen fett gedruckt)
124/GY & GE/Stadtweit/Machbarkeitsstudie/Neubau 5 neue Gymnasien **und 5 neue Gesamtschulen/**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Ursprungsvorlage in der aktualisierten Fassung (s. Anlage 5)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 1 beiliegende priorisierende Schulbaumaßnahmenliste mit den in Anlage 5 vorgenommenen Klarstellungen und Aktualisierungen (Schulbauliste 2018) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umset-

zung der aufgelisteten Schulbaumaßnahmen in der Abfolge der aufgezeigten Kategorien vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt.**

**10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Frau Prof. Dr. Dörte Diemert zur Ersten Betriebsleiterin
3788/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert mit sofortiger Wirkung zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln.

Die Bestellung gilt für ihre Wahlzeit als Beigeordnete der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

**10.7 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln – Soll/Ist-Vergleich
3695/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Soll-Ist-Vergleich über den gesamten Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln als Grundlage für zukünftige Fahrzeugbeschaffungsmaßnahmen.

Die Kostenfolge mit einer Gesamtsumme von 8.325.000 € verteilt sich auf einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren und wird ab dem Haushaltsjahr 2020 je nach Bedarf zur jeweiligen Haushaltsplanung im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, angemeldet.

Vor Einleitung des jeweiligen Beschaffungsvorganges wird entsprechend der städtischen Vorlagegrenzen auch weiterhin eine Bedarfsprüfung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

**10.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
Baubeschluss
3333/2018**

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Kostenberechnung für die Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und der Baudurchführung. Die kalkulierten Gesamtkosten nach Abschluss der Leistungsphase 3 der HOAI (Kostenberechnung) belaufen sich derzeit auf 9.034.500 € inklusive der Risikokosten und Baukostenindexsteigerungen für die nächsten zwei Jahre.

Zur Finanzierung der Gesamtkosten der Maßnahme i. H. v. 9.034.500 € erfolgt neben den bereits veranschlagten Mitteln i.H.v. insgesamt 5,2 Mio. € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Finanzstelle 3701-0212-9-5500, „Erweiterung FW 9“ eine weitere Veranschlagung von 3.834.500 € zur Haushaltsplanung 2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.9 Befristete Fortsetzung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU 3710/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt

- a) die **befristete** Weiterführung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ – bisher Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) „Starke Veedel – Starkes Köln“- in den bisherigen Sozialräumen:

- Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord
- Humboldt / Gremberg und Kalk
- Meschenich und Rondorf
- Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße

für den Zeitraum 01.01.2019 bis einschließlich 31.12.2019.

- b) zur Finanzierung des Projektes im genannten Zeitraum überplanmäßigen Aufwand im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von insgesamt 675.000 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen (611.520 €) und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (63.480 €).

Die Deckung erfolgt in Höhe von:

325.000 € aus Teilergebnisplan 0902 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

250.000 € aus Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

100.000 € aus Teilergebnisplan 1401 - Umweltordnung, -vorsorge, Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen

- c) Zur Durchführung des Projektes werden 1,5 Stellen in der Bewertung A13 LG 22 bzw. LG21 LbesG NRW, die bereits für die Vorgängerprojekte eingerichtet wurden, weiterhin im Stellenplan zur Verfügung gestellt. Die erforderlichen Personalaufwendungen betragen insgesamt 158.500 €.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.10 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2019
4173/2018**

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses / Ausschusses Soziales und Senioren und des Integrationsrates:

Der Rat beschließt, auf der Grundlage der in 2015 entschiedenen Verteilung der Finanzmittel aus dem „Integrationsbudget“ (ursprünglich in 2015 = 915.700 €; in 2019 aufgrund von Tarifierhöhungen insgesamt 986.093 €), die in der Anlage dargestellte Anpassung einzelner Finanzpositionen (mit Ausnahme der Position ‚Fortschreibung Gesundheitswegweiser für KölnerInnen mit Zuwanderungsgeschichte‘ 8.435 € sowie *die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“ in Höhe von 32.500€*) in einer Gesamthöhe von 945.158 €.

Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Höhe von 986.093 € für das Jahr 2019 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.11 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das
Jahr 2019
0019/2019**

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2019, veranschlagte Mittel zur Förderung der Interkulturellen Zentren in Höhe von 410.090 € gemäß Anlage 2 zu verwenden.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 1. Teil 0103/2019

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Förderung von Antirassismuserbeit wie folgt:

1. „Stärkung der Arbeitsstruktur des ‚Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung‘ durch Finanzierung einer 450 €- Kraft zur organisatorischen Unterstützung für 12 Monate
 - Betrag in Höhe von 8.482 € (incl. der Abgaben an die Minijob-Zentrale)
Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V.
2. Maßnahme zur Weiterentwicklung und Optimierung der Arbeit im „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“
 - Betrag in Höhe von 650,00 €
Antragsteller: AntiDiskriminierungsbüro/ Caritas-Zentrum Kalk
3. Durchführung einer Veranstaltung zur Präsentation und Prämierung von Beiträgen zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“
 - Betrag in Höhe von 2.000 €
Antragsteller: AntiDiskriminierungsbüro/ Caritas-Zentrum Kalk
4. Durchführung eines Fachtages mit dem Titel „Rassismus wirkt: Aus der Perspektive der Betroffenen und Privilegierten“ am Internationalen Tag gegen Rassismus.
 - Betrag in Höhe von 5.000 €
Antragsteller: DTVK e.V.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.13 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ 0020/2019

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Fortschreibung des auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ (Ratsbeschluss vom 18.05.2017, Vorlage-Nr. 1381/2017). Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ wird um die Maßnahmen „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MütZe“ (Anlage 1) und „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ (Anlage 2) fortgeschrieben.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die zusätzlichen Einzelmaßnahmen im Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht bis 2023 hinterlegt sind (siehe Anlage 3). Er beauftragt die Verwaltung mit vorbereitenden Maßnahmen, um eine potentielle Förderung dieses Projektes zu klären. Die Umsetzung der Maßnahme steht unter Vorbehalt der Bewilligung aus dem avisierten Förderzugang sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten. Der zusätzlich entstehende Aufwand und die zusätzlich entstehenden investiven Zahlungsermächtigungen betragen für die Maßnahme „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MütZe“ 5.036.370 Euro und für die Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ 979.400 Euro. Im Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ soll die Maßnahme „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MütZe“ bis 2023 und die Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ bis 2022 umgesetzt werden. Die Kosten der Baumaßnahme werden zum Haushaltsplan 2020 ff. angemeldet.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der zusätzlichen investiven Maßnahmen (Anlage 1 und 2) „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MütZe“ und „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ im Sozialraum. Darüber hinaus wird die Verwaltung mit der Anpassung der Maßnahmenkonzeption beauftragt, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage von Beschlussvorlagen zu den genannten investiven Maßnahmen, sofern die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.
4. Der Rat nimmt die in Anlage 4 tabellarisch aufgeführten Anpassungen des vom Rat im Mai 2017 beschlossenen Einzel-ISEKs (Vorlage-Nr. 1381/2017), die notwendig wurden,
 - a. da durch eine Richtlinienänderung sowie die neue Schwerpunktsetzung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich des ESF während der Projektlaufzeit für vorgesehene Maßnahmen die Fördergrundlage weggefallen ist.
 - b. um den städtebaulichen Ansatz zu stärken und dabei ein angemessenes Verhältnis von städtebaulichen nachrangigen konsumtiven Maßnahmen zu städtebaulichen investiven Maßnahmen zu erreichen.
 - c. um die Erreichung der im ISEK festgelegten Ziele sicherstellen zu können.

zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, laufend Fördermöglichkeiten zur weiteren Umsetzung des beschlossenen Maßnahmenprogramms für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“, ggfs. auch alternative Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen und zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.14 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim
0098/2019**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. die Förderung des "Bildungsberatungszentrum Mülheim" als Maßnahme innerhalb des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“.
2. die Finanzierung der Aufwendungen in Höhe von jährlich 60.000 € (rd. 43 % städtischer Eigenanteil), die im Haushaltsplan 2019 bzw. in der Mittelfristplanung zum Haushaltsplan 2019 für die Jahre 2019 und 2020 im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.15 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in
der Kölner Philharmonie ab 2019/20
0079/2019**

**Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gürzenichorchester vom
29.01.2019 und ergänzt durch den mündlichen Antrag von RM Petelkau:**

Der Rat setzt die Eintrittspreise für die Konzerte des Gürzenich-Orchesters Köln in der Kölner Philharmonie ab der Spielzeit 2019/2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung neu fest.

In der Begründung der Ratsvorlage wird Punkt

D Ab der kommenden Spielzeit intendiert die Geschäftsleitung Abendprogramme kostenfrei an alle Konzertbesucher zu verteilen und nicht mehr zu verkaufen.

ersatzlos gestrichen.

Die Eintrittspreise der Sinfoniekonzerte werden im Abonnement wie folgt geändert:

Platzgruppe	alt (seit 01.09.2016)	neu (ab 01.09.2019)
I	38	43
II	30	34
III	24	27
IV	16	18
V	14	14
VI	9	9

und im ersten Spiegelstrich unter Ermäßigungen – Schwerbehinderte gestrichen – sowie im zweiten Spiegelstrich – Schwerbehinderte hinzugefügt - heißt es wie folgt:

- 50 % für Schüler; Studenten (bis 28 Jahre), Auszubildende, Wehr- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Köln-Pass sowie Köln-Card Inhaber,
- Schwerbehinderte und Begleitpersonen für Schwerbehinderte oder Rollstuhlfahrer erhalten freien Eintritt.

Des Weiteren soll der Aspekt „Ermäßigung auch für Inhaber von Jugendleiter- und Ehrenamtskarten“ mitaufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) - Baubeschluss für Baufeld C - Abendgymnasium 2589/2018

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft / Finanzausschusses:

1. Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die Kostenschätzung für die Baumaßnahmen im Baufeld C mit Gesamtbaukosten für die Objekte des Sondervermögens der Gebäudewirtschaft in Höhe von brutto circa 27.024.618 Euro (Kostenschätzung in Höhe von 23.061.592 Euro zuzüglich Indexierung von 3.963.026 Euro) zuzüglich Einrichtungskosten in Höhe von circa 750.000 Euro und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung, der Submission und Baudurchführung. ~~Bei der Umsetzung wird die Energieleitlinie EnEV 2014 (Stufe 1) zur Grundlage genommen.~~
2. Der Rat der Stadt Köln genehmigt einen Risikozuschlag in Höhe von 25% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten in Höhe von 5.220.584 Euro. Durch diesen Baubeschluss wird das Maßnahmenbudget mit Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Der Rat beauftragt die Verwaltung, jeweils unmittelbar anzuzeigen, wenn Maßnahmen aus diesem Risikobudget finanziert werden müssen.
3. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der

Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die erforderlichen Mittel sollen aus dem Flächenverrechnungspreis generiert werden.

Auf Basis des aktuellen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Kosten für die Reinigung in Höhe von rund 1.077.152 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

4. Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 600.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 150.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.17 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 hinsichtlich der Federführung für die Maßnahme Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige an Haltestellen der Linien 4 und 13 sowie Beschluss über die Umsetzung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB 2723/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0218/2019

I. Änderungsantrag der FPD-Fraktion

Beschluss:

Hinter dem zweiten Satz wird folgendes in den Beschlussvorschlag eingefügt:

Langfristig kann eine Verlängerung der Bahnsteige der Linie 4 zum Betrieb in Dreifachtraktion notwendig sein. Um dies nicht zu verbauen, sind die Bahnsteigverlängerungen, dort wo möglich, direkt erweiterbar für eine spätere Dreifachtraktion erweiterbar zu planen.

Mittelfristig wird als weitere Kapazitätserweiterung ein 5-Minuten Regelbetrieb der Linie 13 angestrebt, um die Innenstadtlinien und –verknüpfungshaltestellen mit einem attraktiven Angebot im Zuge des Gürtels zu entlasten. Die KVB werden aufgefordert, alle dafür nötigen Maßnahmen, z.B. zum Umbau der rechtsrheinischen Endhaltestelle und zur Erweiterung des Fuhrparks einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Gruppe GUT und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt**.

II. Vorlage in geänderter Fassung

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) in Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09.1991 bzw. 09.09.1991 die Federführung für die Umsetzung der Kapazitätserweiterungen durch die Verlängerung der Bahnsteige an den in Anlage 2 und 3 aufgeführten Haltestellen zu übertragen.

In diesem Zusammenhang beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, den als Anlage 1 beigefügten Nachtragsvertrag zum Stadtbahnvertrag mit der KVB abzuschließen.

2. Weiterhin beschließt der Rat der Stadt Köln, dass die KVB für die Kapazitätserweiterungen durch die Verlängerung der Bahnsteige an den in Anlage 2 und 3 aufgeführten Haltestellen der Linien 4 und 13 zunächst die Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 2013 (HOAI 2013)) erarbeitet, die Förderung sicherstellt und die notwendigen Genehmigungen beantragt.

Langfristig kann eine Verlängerung der Bahnsteige der Linie 4 zum Betrieb in Dreifachtraktion notwendig sein. Um dies nicht zu verbauen, sind die Bahnsteigverlängerungen, dort wo möglich, direkt erweiterbar für eine spätere Dreifachtraktion erweiterbar zu planen.

Mittelfristig wird als weitere Kapazitätserweiterung ein 5-Minuten Regelbetrieb der Linie 13 angestrebt, um die Innenstadtlinien und –verknüpfungshaltestellen mit einem attraktiven Angebot im Zuge des Gürtels zu entlasten. Die KVB werden aufgefordert, alle dafür nötigen Maßnahmen, z.B. zum Umbau der rechtsrheinischen Endhaltestelle und zur Erweiterung des Fuhrparks einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- 10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf)
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten
2423/2018**

I. Mündlich vorgetragener Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird ergänzt um folgende Ziffern 3. und 6.:

3. beauftragt die Verwaltung, die von der Bezirksvertretung gewünschte Verschwenkung in der Planung und Umsetzung freizuhalten sowie den gewünschten Kreisverkehr an der Wilhelm-Mauser-Str. planerisch zu berücksichtigen.

6. beauftragt die Verwaltung, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteili-

gung der Bürgerschaft zur weiteren Gestaltung des Rochusplatzes zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

II. Geänderte Vorlage

Beschluss ergänzt um den mündlichen Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Ergänzung um Ziffer 3 und Ziffer 6):

Der Rat

1. stellt den Bedarf für die Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf fest. Die Planungs- und Grundstückskosten – ohne Ausbaurkosten - für das Verfahren werden insgesamt auf etwa 231.500 EUR netto (= 275.485 EUR brutto für Bodengutachten, Grundstückskosten, Honorar für Verkehrsanlagen Leistungsphasen 5-9 und Honorar für technische Ausrüstung Leistungsphasen 1-9) geschätzt;
2. beschließt die Umsetzung der Maßnahme " Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf);
3. *beauftragt die Verwaltung, die von der Bezirksvertretung gewünschte Verschwenkung in der Planung und Umsetzung freizuhalten sowie den gewünschten Kreisverkehr an der Wilhelm-Mauser-Str. planerisch zu berücksichtigen.*
4. beschließt, die Erstellung eines Bodengutachtens, die Erarbeitung der Leistungsphasen 1 bis 6 für Technische Anlagen und der Leistungsphasen 5 bis 6 für Verkehrsanlagen sowie unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Fördermittel die Leistungsphasen 7, 8 und 9 an für das jeweilige Fachgebiet qualifizierte Ingenieurbüros zu vergeben;
5. beschließt zur Finanzierung der Planungs- und Grundstückskosten in Höhe von 231.500 EUR netto (=275.485 EUR brutto) die außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln gemäß § 83 Abs. 2 GO NW auf der neu einzurichtenden Finanzstelle 1502-0902-4-1006, Starke Veedel, Umgestaltung Rochusplatz, im Haushaltsjahr 2019. Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Finanzstelle 1502-0902-0-1200, Städtebauförderung.
6. *beauftragt die Verwaltung, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft zur weiteren Gestaltung des Rochusplatzes zu initiieren.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.19 Projekt OptiWohn: Quartiersspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln
2783/2018**

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das dreijährige Projekt „OptiWohn“ (01.03.2019 – 28.02.2022) unter dem Vorbehalt der Projektförderung (100% Förderung) aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchzuführen. Hierzu wird die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die notwendigen Verträge zu unterzeichnen.
2. Der Rat beschließt zur Realisierung des Projektes befristet vom 01.01.2020 bis 28.02.2022 die Einrichtung einer 0,5 Stelle (voraussichtlich Architektur) zum Stellenplan 2020 beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt, Koordinationsstelle Klimaschutz.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 die entsprechenden Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021, im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in den Teilplanzeilen: 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen, 11 Personalaufwendungen und 16 sonstige ordentliche Aufwendungen, zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.20 Rheinische Musikschule Köln, Mittelfreigabe und Konzept 3536/2018

Beschluss:

1. Der Rat nimmt das Konzept zur Ausweitung des Angebotes und der finanziellen Aufwertung der Honorarkräfte der Rheinischen Musikschule zur Kenntnis und beschließt dessen Umsetzung.
2. Für die diesbezügliche Finanzierung beschließt er die im Hpl. 2019 im TP 0415 Rheinische Musikschule bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 500.000,00 EUR p.a. freizugeben.
3. Der Rat stimmt der Einrichtung von sieben weiteren Planstellen in der Entgeltgruppe 9b für die Rheinische Musikschule im Rahmen der aufgezeigten Finanzierungsmöglichkeiten und entsprechend dem vorliegenden Konzept zu. Die Mehrstellen werden zum Stellenplan 2020 eingerichtet. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2020 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Stellen intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung der Personalaufwendungen wird in 2019 ein Betrag von 464.800,00 EUR im Wege einer Sollumbuchung aus der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in die Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen umgeschichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.21 Zügigkeitserhöhung des Bildungsgangs Fachoberschule FOS 12 Typ B / Technik
am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18)
0132/2019**

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung einer weiteren Klasse Fachoberschule FOS 12 Typ B nach Anlage C3 Technik, Schwerpunkt Metalltechnik in Teilzeit am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln (BK18) zum Schuljahr 2019/20.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.22 Aufbau eines Kriminalpräventiven Rates Köln
0252/2019**

I. Abstimmung über Beschlusspunkt 1:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Gründung eines Kriminalpräventiven Rates in Köln und beauftragt die Verwaltung, eine gemeinsame Geschäftsstelle mit dem Polizeipräsidium Köln für einen solchen Kriminalpräventiven Rat einzurichten. Die Geschäftsstelle ist beim Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit (I/3) angebunden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

II. Abstimmung über Beschlusspunkt 2:

2. Der Rat bestimmt als Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

- 1.: Herr Dr. Krupp
2. Vertretung: Herr Dr. Schultz

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

- 1.: Frau Sommer
2. Vertretung: Herr Michel

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Köln

- 1.: Frau Prof. Dr. Killersreiter
2. Vertretung: Herr Schwanitz

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

- 1.: Frau Tokyürek
2. Vertretung: Herr Detjen

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

- 1.: Herr Görzel
2. Vertretung: Herr Breite

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt.**

10.23 Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln 4269/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln für den in § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Entgelt und Benutzungsordnung der VHS genannten Personenkreis zum 2. Semester 2019 sowie die damit verbundene Änderung ebendieser Entgelt- und Benutzungsordnung in der als Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung. Zudem beschließt der Rat der Stadt Köln die in der Anlage 1 hervorgehobenen ausschließlich redaktionellen Änderungen in der Entgelt- und Benutzungsordnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

10.24 Erstellung eines Neubaus für die Heliosschulen - Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle als inklusive Universitätsschule der Stadt Köln an der Vogelsanger Str. (ehemaliges Helios-Gelände) in Köln-Ehrenfeld Baubeschluss 3635/2018

Beschluss in der geänderten Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft/ Anlage 12 der Vorlage:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau der Heliosschulen -Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle, Vogelsanger Str., Köln-Ehrenfeld mit Gesamtkosten in Höhe von brutto rund 91,72 Mio. € (einschließlich rund 3,08 Mio. € für die Ausstattung und Einrichtung inkl. Groß-

küchenausstattung) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 9,17 Mio. €. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Zur Sicherstellung des Fertigstellungstermins der Heliosschule zum Schuljahr 2024/2025 beschließt der Rat die Vergabe der Bauleistungen in Vergabeeinheiten. Ähnlich einer Generalunternehmervergabe werden hier mehrere Gewerke zusammen vergeben.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreise ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Nebenkosten und Kosten für Reinigung in Höhe von rund 2,90 Mio. €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 2,15 Mio. € sind im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 0,93 Mio. € erfolgt zum Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Die Heliosschule wird an das vorhandene Fernwärmenetz angeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

10.25 Trinkbrunnen für Köln 3100/2018

Beschluss in der geänderten Fassung des Stadtentwicklungsausschusses / Ausschusses Umwelt und Grün / Finanzausschusses:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept „Zwölf Trinkbrunnen für Köln“ (Anlage 1) umzusetzen.

Der Auftrag erfolgt mit den Maßgaben:

- a. den Evaluationszeitraum auf 1 Jahr zu verkürzen und
- b. die Standortvorschläge der Bezirksvertretungen zu berücksichtigen.

Gleichzeitig beschließt der Rat - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2019 - die Freigabe der im HPL 2019, Teilergebnisplan 1301 - Öffentli-

ches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 253.000 €.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der RheinEnergie AG den Vertrag über die Erbringung der Dienstleistung „Trinkbrunnen für Köln“ abzuschließen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie, nach Ablauf von *einem Jahr* einen Evaluationsbericht mit einer Empfehlung zur weiteren Entwicklung des Projekts vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.26 Planungsaufnahme zur Generalinstandsetzung und Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich
3676/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI)

- zur Erstellung eines Erweiterungsbaus sowie

- für die Generalinstandsetzung des Schulgebäudes Paul-Humburg-Str. 13 (einschließlich Turnhalle und Hausmeisterhaus)

für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich an der Nebenstelle Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 6-zügige Gesamtschule in der Sekundarstufe I und 5-zügige Gesamtschule in der Sekundarstufe II.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei ist die Priorisierung entsprechend der Schulbauliste 2018, die dem Rat mit der Beschlussvorlage 3648/2018 zur Entscheidung vorgelegt wird, zu beachten.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf

- rd. 3,5 Mio. € brutto für den Erweiterungsbau

- rd. 2,7 Mio. € brutto für die Generalinstandsetzung.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.27 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrück" 3789/2018

Beschluss:

5. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
6. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von circa 4 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand in den Haushaltsjahren nach 2022 in Höhe von circa 3,1 Mio. € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
7. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“,
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren,
 - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

Anmerkung zu Ziffer 1 des Beschlusses:

RM Börschel informiert, dass der Finanzausschuss wie Vorlage entschieden hat, damit die Mittel für die Maßnahme unter 3.10.1 auf Seite 82 in Höhe von 50.000€ weiter-

hin für das Gesamtprojekt zur Verfügung stehen, auf eine im Optimalfall mit der Bezirksvertretung Kalk abzustimmende Art und Weise.

10.28 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf" 4249/2018

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Fortschreibung des auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschlüsse vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016 und vom 18.12.2018, Vorlage-Nr. 2788/18) erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (Ratsbeschluss vom 28.09.2017, Vorlage-Nr. 2481/2017). Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wird um die Maßnahme „Umgestaltung Rochusplatz“ (Anlage 1) fortgeschrieben.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die zusätzliche Einzelmaßnahme für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht bis 2023 hinterlegt sind (siehe Anlage 2). Er beauftragt die Verwaltung mit vorbereitenden Maßnahmen, um eine potentielle Förderung dieses Projektes zu klären. Die Umsetzung der Maßnahme steht unter Vorbehalt der Bewilligung aus dem avisierten Förderzugang sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten.
Der zusätzlich entstehende Aufwand und die zusätzlich entstehenden investiven Zahlungsermächtigungen betragen für die Maßnahme „Umgestaltung Rochusplatz“, 3,7 Mio. Euro. Die Maßnahme soll bis 2023 im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ umgesetzt werden. Die Kosten der Baumaßnahme werden in der Haushaltsplananmeldung 2020/2021 ff. im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung unter der Finanzstelle 1502-0902-4-1006 Aufwertung Rochusplatz veranschlagt. Die Planungskosten werden in 2019 budgetneutral im Rahmen einer APL zur Verfügung gestellt (Session Nr. 2423/2018).
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der zusätzlichen investiven Maßnahme (Anlage 1) im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeption, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.
4. Der Rat nimmt die in Anlage 3 tabellarisch aufgeführten Anpassungen des vom Rat im September 2017 beschlossenen Einzel-ISEKs (Vorlage-Nr. 2481/2017), die notwendig wurden,
 - d. da durch eine Richtlinienänderung sowie die neue Schwerpunktsetzung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich des ESF während der Projektlaufzeit für vorgesehene Maßnahmen die Fördergrundlage weggefallen ist,
 - e. um den städtebaulichen Ansatz zu stärken und dabei ein angemessenes Ver-

hältnis von städtebaulichen nachrangigen konsumtiven Maßnahmen zu städtebaulichen investiven Maßnahmen zu erreichen,

- f. um die Erreichung der im ISEK festgelegten Ziele sicherstellen zu können, zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung laufend alle Fördermöglichkeiten zur weiteren Umsetzung des beschlossenen Maßnahmenprogramms für „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.29 Generalsanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler
Maßnahme im Rahmen des Kommunalinvestitionsfördergesetzes NRW
0067/2019**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Sanierung des Umkleidehauses auf der Bezirkssportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler unter Inanspruchnahme einer Förderung des Landes NRW. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rd. 2.000.000,- € (brutto). Die Finanzierung des Eigenanteils der Stadt Köln in Höhe von 348.261,50 € erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Zentralansatz Sportpau-schale Hj. 2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.30 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln
3701/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH (AWB) den in der Anlage beigefügten „Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.31 Wahl einer / eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport 0284/2019

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT
betreffend "Dem Elternwillen entsprechen – Beigeordnetenwahl zügig
durchführen!"
AN/0229/2019**

I. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

Beschluss:

Der aktualisierte Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Verfahren zur Neubesetzung der zum 01.04.2019 vakant werdenden Stelle der bzw. des Beigeordneten für den Geschäftskreis des Dezernats IV - Bildung, Jugend und Sport schnellstmöglich fortzuführen.

Das Verfahren ist an der Stelle weiterzuführen, an der es die Oberbürgermeisterin in der 6. Kalenderwoche ausgesetzt hat.

Die Wahl einer oder eines Beigeordneten für das Dezernat IV ist noch im Februar 2019 im Rahmen einer Sondersitzung des Rates vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT **abgelehnt**.

II. Aktualisierte Vorlage:

Aktualisierter Beschlussvorschlag der Verwaltung (siehe Anlage):

1. Der Rat beschließt, das aufgrund des Ratsbeschlusses vom 27.09.2018 eingeleitete Verfahren zur Besetzung der Stelle der / des Beigeordneten für das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport – zu beenden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Stelle erneut auszuschreiben.
3. Hierzu wird die Verwaltung erneut gebeten, unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auszuwählen und dieses mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und Frau Oberbürgermeisterin Reker sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT **zugestimmt**.

Anmerkung:

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag von RM Kienitz als TOP 10.0 in der Sitzung behandelt.

**10.32 KölnKlimaAktiv 2022
3680/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0219/2019**

I. Änderungsantrag Die Linke.

Beschluss:

Der Beschlussvorlage wird folgender Beschlusspunkt hinzugefügt:

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis vor der Sommerpause 2019 einen Katalog weiterer Maßnahmen vorzulegen, mit denen eine tatsächliche Emissionsminderung von 60% gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu erreichen ist, um den Anteil der Stadt Köln an der Erreichung des 1,5°-Zieles beizutragen. Die Verwaltung möge dabei die Beispielrechnung des Wuppertal-Institutes zu Grunde legen, die in der Ausarbeitung zum derzeitigen Maßnahmenpaket vorgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. **abgelehnt.**

II. Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Klimaschutzmaßnahmenumsetzungsprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ in der als Anlage dargestellten Fassung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der im Konzept enthaltenen Maßnahmen.

Die für diese Zwecke veranschlagten Haushaltsmittel werden im Haushaltsjahr 2019 um 400.000 € erhöht, ab dem Haushaltsjahr 2020 um jährlich 500.000 €. Die separat im Teilergebnisplan 1401 – Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen veranschlagten Mittel „Z an Zentrum für Energieeffizienz (ZEFF) zur Förderung der privaten Altbausanierung“ werden in diesem Umfang umgewidmet und bleiben damit für den vorgesehenen Zweck „Klimaschutz“ verfügbar.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD und der Gruppen BUNT und Rot-Weiß sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06 Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen 2786/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer V – Seite 5).

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini- enplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teil- bereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 3669/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord –Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord– für das Gebiet zwischen Aachener Straße im Süden, Hohenzollernring im Osten, Friesenplatz und Venloer Straße im Norden sowie der Bahntrasse Köln – Bonn im Westen in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2816/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 17. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

16.2 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2819/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

17 Wahlen

**17.1 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
0058/2019**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt Frau Martina Schönhals (Evangelischer Kirchenverband Köln und Region) gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den AWO Kreisverband Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Martina Schönhals wird die persönliche Vertretung für Frau Ulrike Volland-Dörmann wahrnehmen. Frau Helga Blümel gibt damit ihren Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.2 Berufung eines Vertreters sowie einer Stellvertreterin der Stadtschulpflegschaft als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
3852/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt, aus der Stadtschulpflegschaft Köln für den Ausschuss Schule und Weiterbildung

- Herrn Lutz Tempel als ständiges Mitglied mit beratender Stimme
- sowie als seine Vertreterin Frau Silvia Behrendt ebenfalls als Mitglied mit beratender Stimme

zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz Mitte - Revitalisierung des Porzer Zentrums
hier: Änderung der Zusammensetzung des Beirates Porz Mitte
4271/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erweiterung des Beirates Porz Mitte um ein Mitglied und stellvertretendes Mitglied als Vertreter bzw. Vertreterin der Polizei:

<u>Institution</u>	<u>Mitglied</u>	<u>Funktion</u>
Polizei Köln	Herr Hermann Schiffer	1. Mitglied
Polizei Köln	Herr Markus Grommes	Stellvertreter

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"
AN/0144/2019****Beschluss:**

Herr Wilhelm Geraedts wird für Herrn Sven Tritschler als Mitglied des Prüfungsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.5 KölnBäder GmbH - Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3953/2018****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 108a GO NRW – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten Herrn Heiko Seifert als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH.

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Die Bestellung endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis zur KölnBäder GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0261/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende 14 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Köln-Business Wirtschaftsförderungs-GmbH:

1) Herrn Beigeordneten Markus Greitemann

(Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. eine von ihr vorgeschlagene Bedienstete/ ein von ihr vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

2) Herr Joisten (SPD)

3) Herr van Geffen (SPD)

4) Herr Pöttgen (SPD)

5) Herr Karaman (SPD)

6) Frau Heithorst (CDU)

7) Herr Dr. Schoser (CDU)

8) Herr Lucks (CDU)

9) Herr Dr. Botermann (CDU)

10) Herr Frank (GRÜNE)

11) Frau Pakulat (GRÜNE)

12) Frau Thelen (GRÜNE)

13) Herr Petri (Die Linke.)

14) Herr Görzel (FDP)

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandsversammlung 0449/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Gabriele C. Klug Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

als stellvertretendes Mitglied in die Versammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln) und schlägt der Versammlung deren Weiterentsendung in die Gremien des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland vor.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei dem Oberbürgermeister bzw. dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"
AN/0193/2019**

Beschluss:

Der Rat wählt Carl Kurlanda (sachkundiger Bürger nach § 58 Absatz 3 GO NRW) als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für das Ratsmitglied Christoph Klausning in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -. Herr Carl Kurlanda wird damit Nachfolger von Herrn Gero Fürstenberg-Schröder.

Herr Gero Fürstenberg- Schröder gibt damit seinen stellvertretenden Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder
AN/0196/2019**

Beschluss:

Der Rat beschließt, als weitere Vertretungsregelung für die Fachausschüsse die Vertretung des Mitglieds einer Ratsgruppe durch ein anderes Ratsmitglied der Gruppe vorzusehen. Die Fälle, in denen aufgrund besonderer rechtlicher Vorgaben eine persönliche Vertretung vorgeschrieben ist, bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss – sachkundige Einwohnerin"
AN/0213/2019**

Beschluss:

Für den Stadtentwicklungsausschuss wählt der Rat Frau **Christiane Martin** als sachkundige Einwohnerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Verkehrsausschusses"
AN/0221/2019**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt folgende Wahl eines sachkundigen Einwohners für den Verkehrsausschuss (*Sitz bisher vakant*):

Wahl von Herrn **Lukas Lorenz**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)"
AN/0222/2019**

Beschluss:

Das Ratsmitglied Kirsten Jahn hat ihr Mandat im Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH gemäß § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags niedergelegt.

Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn mit sofortiger Wirkung Herrn Lino Hammer in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG"
AN/0223/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Herrn Walter Grau

Frau Monika Ross-Belkner MdR

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Köln AG.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**18.1 Einführung von Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit
Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe externer Moderationsleistungen im Rahmen des Leitlinienprozesses
4206/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf für externe Moderationsleistungen im Rahmen des Einführungsprozesses der Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit in Höhe von maximal 1.232.000 Euro (netto) an und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt**.

19 -

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Maria Lange
Schriftführerin